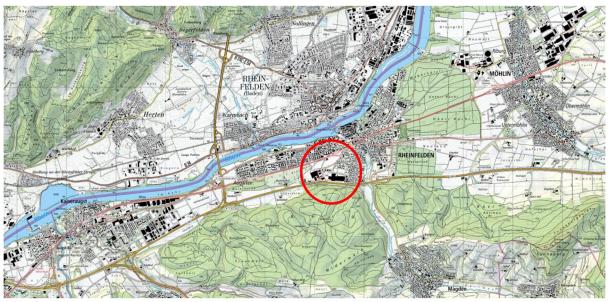
Stadt Rheinfelden Kanton Aargau

Teiländerung Bau- und Nutzungsordnung (BNO) «Areal Feldschlösschen und Mobilitätskonzept»

Gemäss § 15 BauG

Stand für öffentliche Auflage



Quelle: Bundesamt für Landestopografie

Mitwirkung vom: 13. November 2024 bis 13. Dezember 2024

Vorprüfungsbericht vom: 6. März 2025

Öffentliche Auflage vom: 21. März 2025 bis 22. April 2025

Beschlossen von der Gemeindeversammlung am:

Der Stadtammann: Der Stadtschreiber:

Genehmigung:

Proj. Nr: 14-24-056-01 Datum: 18.10.2024 Rev. Datum: 10.03.2025

f:\daten\m4\24-056-00\04_ber\bno\ber_bno_250310.docx Bearbeitung: Form.

Änderung Bau- und Nutzungsordnung (BNO) vom 30. April 2003

Rot = Genehmigungsinhalt

Rechtskräftige BNO	Teiländerung «Feldschlösschen»		
Art. 8 Zonenausscheidung	Art. 8 Zonenausscheidung		
¹ Grundnutzungszonen Siedlung	¹ Grundnutzungszonen Siedlung		
Der Nutzungsplanung Siedlung scheidet folgende Bauzonen aus:	Der Nutzungsplanung Siedlung scheidet folgende Bauzonen aus:		
Altstadt	Altstadt		
Stadtgraben	Stadtgraben		
Wohnzone A	Wohnzone A		
Wohnzone B	Wohnzone B		
Wohnzone C	Wohnzone C		
Arbeitszone I: Dienstleistungen	Arbeitszone I: Dienstleistungen		
Arbeitszone II: Gewerbe	Arbeitszone II: Gewerbe		
Arbeitszone III: Industrie	Arbeitszone IIa: Feldschlösschen		
Arbeitszone IV: Gesundheit	Arbeitszone III: Industrie		
Bauten und Anlagen für öffentliche Dienste	Arbeitszone IV: Gesundheit		
	Bauten und Anlagen für öffentliche Dienste		
Der Nutzungsplan Kulturland scheidet gemäss Art. 30 BNO ergänzend aus:			
Spezialzone Riburg.	Der Nutzungsplan Kulturland scheidet gemäss Art. 30 BNO ergänzend aus:		
	Spezialzone Riburg.		
² Überlagerungszonen und -vorschriften Siedlung	² Überlagerungszonen und -vorschriften Siedlung		
Schutzzone Bauhöhenbeschränkung	Schutzzone Bauhöhenbeschränkung		
Schutzzone Naturensembles	Schutzzone Naturensembles		
Naturschutzzone Durchlässigkeit	Naturschutzzone Durchlässigkeit		
Naturschutzzone Freihaltung	Naturschutzzone Freihaltung		
Kiesabbauzone	Kiesabbauzone		
Schutzbepflanzungen	Schutzbepflanzungen		
Einkaufszentren und Fachmärkte	Einkaufszentren und Fachmärkte		
	I		

³ Übersicht Grundnutzungen Siedlung	³ Übersicht Grundnutzungen Siedlung
Siehe nachstehende Tabelle.	Siehe nachstehende Tabelle.
⁴ Baugebietsabgrenzung	⁴ Baugebietsabgrenzung
Alle der zonengemässen Nutznahme dienenden Strassen und sonstigen Ver-	Alle der zonengemässen Nutznahme dienenden Strassen und sonstigen Ver-
kehrsflächen des Siedlungsbereichs gehören dem Baugebiet an.	kehrsflächen des Siedlungsbereichs gehören dem Baugebiet an.

Zone		AZ	Grenzabstand	Vollgeschosse	Gebäudehöhe	Gesamthöhe	ES	BNO
	Abkürzung							
()	()	()	()	()	()		()	()
Arbeitszone II: Gewerbe	A II	Frei	½ Gebäudehöhe, mind. 2 m für Ar- beitsbauten, mind. 3 m für be- wohnte Bauten.	-	max. 20 m		III	Art. 14
Arbeitszone IIa: Feldschlösschen	A IIa	Frei	½ Gesamthöhe, mind. 2 m	-		Gesamthöhen gemäss Eintrag im Bauzonen- plan	III	Art. 14a
Arbeitszone III: Industrie	A III	Frei	½ Gebäudehöhe, mind. 2 m für Ar- beitsbauten, mind. 3 m für be- wohnte Bauten.	-	max. 24 m		III	Art. 15
Arbeitszone IV: Gesundheit	A IV	Frei	Der Gemeinderat bestimmt die Bauvorschriften unter Abwägung des öffentlichen und des privaten Interesses. Gegenüber angrenzenden Zonen sind deren vorgeschriebene Grenzabstände und Gebäudehöhen einzuhalten.			II	Art. 16	
()	()	()	()	()	()		()	()
Art. 14 Arbei	itszone II: Gewerb	е		Art. 14	Arbeitszone II	: Gewerbe		
¹ Zulässige Nutzur	ngen			¹ Zulässi	ge Nutzungen			
_	duktionsbetriebe, e veit sie für die Prod grenzung gemäss /	luktion notwendi		^b Werkhö ^c Lagerb	ife. auten, soweit sie fü	etriebe , eingeschlo r die Produktion not gemäss Art. 24 BN	wendig sind.	n .

^e Büros. ^f Wohnungen, soweit sie für die Überwachung der Betriebe notwendig sind.	^e Büros. Wohnungen, soweit sie für die Überwachung der Betriebe notwendig sind.
² Ausgeschlossene Nutzungen	² Ausgeschlossene Nutzungen
^a Verteilzentren. ^b Einkaufszentren.	^a Verteilzentren. ^o Einkaufszentren.
³ Ausnützungsziffer	³ Ausnützungsziffer
Frei.	Frei.
⁴ Grenzabstand	⁴ Grenzabstand
½ Gebäudehöhe, mindestens 2 m für Arbeitsbauten, mindestens 3 m für bewohnte Bauten.	½ Gebäudehöhe, mindestens 2 m für Arbeitsbauten, mindestens 3 m für bewohnte Bauten.
⁵ Gebäudehöhe	⁵ Gebäudehöhe
20 m, unter Vorbehalt einer bereichsweise geminderten Gebäudehöhe gemäss der im Bauzonenplan eingetragenen Überlagerungszone Bauhöhenbeschränkung.	20 m, unter Vorbehalt einer bereichsweise geminderten Gebäudehöhe gemäss der im Bauzonenplan eingetragenen Überlagerungszone Bauhöhenbeschränkung.
⁶ Ausnahmen Gebäudehöhe	⁶ Ausnahmen Gebäudehöhe
Ausnahmen bei der Gebäudehöhe sind möglich für betrieblich unentbehrliche Bauteile, sofern dadurch keine öffentlichen und nachbarrechtlichen Interessen verletzt werden. Im Einzelfall entscheidet der Gemeinderat.	Ausnahmen bei der Gebäudehöhe sind möglich für betrieblich unentbehrliche Bauteile, sofern dadurch keine öffentlichen und nachbarrechtlichen Interessen verletzt werden. Im Einzelfall entscheidet der Gemeinderat.
⁷ Aussenraumgestaltung	⁷ Aussenraumgestaltung
10% der Parzellenfläche sind als zusammenhängender, mit standortheimischen Pflanzen naturnah angelegter Grünraum zu gestalten und zu pflegen. Als naturnah gelten die bei der Naturschutzzone Freihaltung aufgeführten Aussenraumgestaltungen (Art. 21 Abs. 5 BNO).	10% der Parzellenfläche sind als zusammenhängender, mit standortheimischen Pflanzen naturnah angelegter Grünraum zu gestalten und zu pflegen. Als naturnah gelten die bei der Naturschutzzone Freihaltung aufgeführten Aussenraumgestaltungen (Art. 21 Abs. 5 BNO).
⁸ Anrechenbarkeit anderer Grünflächen	⁸ Anrechenbarkeit anderer Grünflächen
Verbindliche Schutzbepflanzungen gemäss Ausweis im Bauzonenplan sind ganz, Dachbegrünungen zur Hälfte der begrünten Fläche anrechenbar.	Verbindliche Schutzbepflanzungen gemäss Ausweis im Bauzonenplan sind ganz, Dachbegrünungen zur Hälfte der begrünten Fläche anrechenbar.

⁹ Empfindlichkeitsstufe	⁹ Empfindlichkeitsstufe		
	Art. 14a Arbeitszone Ila: Feldschlösschen 1 Die Arbeitszone Feldschlösschen dient dem Erhalt und der Weiterentwicklung des Brauereibetriebs.		
	² In der Arbeitszone Feldschlösschen sind die bestehende Brauerei (inkl. Logistik), mit der Getränkeherstellung verbundene gewerbliche Nutzungen, Gastronomiebetriebe und Nutzungen mit hohem Güterverkehr zulässig. Verkaufsgeschäfte bis 1'000 m² Verkaufsfläche für Produkte, die durch ansässige Betriebe hergestellt werden, sind gestattet.		
	³ Für die Arbeitszone Feldschlösschen gilt ein Gesamtkontingent an Last- und Lieferwagenfahrten von maximal 290 Fahrten pro Tag (DTV) ¹ , das proportional zur anrechenbaren Grundstücksfläche auf die einzelnen Teilareale verteilt wird. Durch Dienstbarkeitsverträge können Teilkontingente innerhalb der Arbeitszone Feldschlösschen verschoben werden, wenn keine öffentlichen Interessen entgegenstehen.		
	⁴ Der historische Bestand darf durch neue Bauten und Anlagen in seinen Schutzzielen, seinem Charakter und seiner Wirkung nicht beeinträchtigt werden.		
	 bewilligungsvoraussetzung für neue Bauten und Anlagen sind: a) gute architektonische Gestaltung der Bauten, Anlagen und Freiräume, b) gute Einordnung in das Orts-, Quartier- und Landschaftsbild, c) gutes Zusammenwirken mit dem historischen Bestand hinsichtlich Bauform, Staffelung der Bauten, Fassadengliederung, Gebäude- und Dachform sowie Materialisierung und Farbgebung. 		
	⁶ Die zulässigen Gesamthöhen richten sich nach den Einträgen im Bauzonen- plan. Im Gebiet westlich der Feldschlösschenstrasse kann der Gemeinderat eine Gesamthöhe bis maximal 30 m bewilligen, sofern die Gesamthöhe mit den		

¹ DTV = durchschnittlicher Tagesverkehr

Bestimmungen des verwaltungsrechtlichen Schutzvertrags ² vereinbar ist und eine Zustimmung der kantonalen Denkmalpflege vorliegt.
⁷ Es sind hochwertige, auf die jeweilige Gebäudenutzungen abgestimmte Aussenräume zu schaffen, die den Bedürfnissen der Nutzenden (z. B. Arbeitnehmende, Besuchende), der Ökologie und der klimagerechten Siedlungsentwicklung Rechnung tragen. Historische Anlagen (z. B. Biergarten, Kastanien-Alleen) sind, sofern möglich, aufzuwerten bzw. wiederherzustellen.
⁸ 10% der Parzellenfläche sind als zusammenhängender, mit standortheimischen Pflanzen naturnah angelegter Grünraum zu gestalten und zu pflegen. Als naturnah gelten die bei der Naturschutzzone Freihaltung aufgeführten Aussenraumgestaltungen (Art. 21 Abs. 5 BNO).
⁹ Verbindliche Schutzbepflanzungen gemäss Festlegung im Bauzonenplan sind ganz, Dachbegrünungen zur Hälfte an den Grünraum gemäss Abs. 8 anrechenbar.
¹⁰ Neue Gebäude, eingreifende Erneuerungen, Umgestaltungen und Erweiterungen sind in einem qualitätssichernden Verfahren (z. B. Workshopverfahren, Studienaufträge, Wettbewerbe) zu erarbeiten. Dabei sind der Stadtrat, der Beirat Stadtgestaltung und die kantonale Denkmalpflege in geeigneter Weise miteinzubeziehen. Die Bauprojekte haben den erhöhten gestalterischen Anforderungen gemäss Abs. 5 und 7 zu genügen.
Parkierung
Art. 72a Mobilitätskonzept
¹ Betriebe, die mehr als 50 Parkfelder aufweisen, sind bei Neubauten, Nutzungserweiterungen und Umnutzungen verpflichtet, mit dem Baugesuch ein Mobilitätskonzept einzureichen.
² Das Mobilitätskonzept zeigt auf, wie die Mobilität aller Nutzergruppen mit dem öffentlichen Verkehr, dem Fuss- und Radverkehr sowie mit einem effizienten Einsatz des Motorfahrzeugs in Bezug zu ihrem räumlichen Umfeld zu bewältigen ist.

² Feldschlösschen Schutzvertrag 2022 vom 29.07.2022/17.08.2022. Der Vertrag ist auf dem Stadtbauamt Rheinfelden einsehbar.

	 3 Im Mobilitätskonzept werden insbesondere die zu erreichenden Ziele, die maximal zulässige Parkfelderzahl für den MIV und die Minimalanforderungen an die Veloabstellplätze definiert. 4 Im Mobilitätskonzept sind insbesondere die nachstehenden Massnahmen umzusetzen: 		
	 a) Informationen und Anreize zum Benützen des öffentlichen Verkehrs und des Fuss- und Radverkehrs, b) bedarfsgerechtes Car Sharing-Angebot, c) Monitoring/Controlling, d) Massnahmen, sofern die Ziele nicht erreicht werden und e) Zuständigkeit. 		
	⁵ Die zum Erreichen der Ziele erforderlichen Massnahmen sind umzusetzen. Das Mobilitätskonzept ist Gegenstand der Überprüfung im Baubewilligungsverfahren.		
	⁶ Die Verpflichtung zum Monitoring/Controlling ist vor Baubeginn als öffentlichrechtliche Eigentumsbeschränkung im Grundbuch anzumerken.		
	⁷ Zeigt das Monitoring/Controlling wiederholt auf, dass die anvisierten Ziele nicht erreicht wurden, kann der Gemeinderat verlangen, dass bestehende Massnahmen verschärft und weitere Massnahmen auf ihre Zweckmässigkeit hin geprüft und bei Eignung umgesetzt werden. Alternativ ist der fehlende Parkplatzbestand real nachzuweisen, oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu entrichten.		

metron